

Hüter der Menschenrechte?

Zur französischen Debatte um den EU-Beitritt der Türkei

Carsten Främke*

» Ein möglicher EU-Beitritt der Türkei wird seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft politisch diskutiert. Im Jahr 2005 wurden die Beitrittsverhandlungen offiziell aufgenommen – ihr Ausgang bleibt offen. Denn obwohl alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union den bisherigen Etappen des Beitrittsprozesses zugestimmt haben, ist der Beitritt umstritten.

Zweifellos sind die Themenkomplexe, die diese Debatte beinhaltet, zum großen Teil europäischer, das heißt länderübergreifender Natur, und spiegeln allgemein Reflexionsprozesse über das Selbstverständnis Europas wider. Themen wie „Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“, „Menschenrechtsfragen“ oder „geopolitische Aspekte“ werden bei der Diskussion der Beitrittsdebatte in allen EU-Mitgliedstaaten herangezogen. Die Darstellungsweisen der Türkei und die Debatte um den möglichen Beitritt des Landes unterliegen aber eben auch nationalen, diskursiven Besonderheiten. In Frankreich lassen sich unter anderen zwei Topoi identifizieren, derer sich sowohl Befürworter als auch Gegner eines Türkeibeitritts auf besondere, ja „französische“ Weise bedienen: jenem von Religion und Säkularität sowie dem des Völkermords an den Armeniern.

Betrachtet man die in Frankreich geführte innenpolitische Debatte um das öffentliche Tragen einer Burka, so fällt auf, dass sie stets verknüpft war mit der Frage nach der nationalen Identität und nach der Auslegung des republikanischen Prinzips des Laizismus. Der Begriff der Säkularität, in Frankreich häufig synonym mit Werten und Standards wie Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verwendet und Gradmesser des eigenen Staatsverständnisses, zog sich durch die gesamte Debatte. Vor allem aber die Be-

fürworter eines Verbots machten ihn sich erfolgreich zunutze, indem sie ihn als universelle, absolute Größe gebrauchten. Als Grundtendenz wurde das Tragen des Vollschiebers in der Öffentlichkeit als partikularistische Bedrohung des republikanischen Universalismus konstruiert. Durch diese Strategie konnte das eigene, französische Modell als modern, freiheitlich, offen, das Modell des Islams/Islamismus hingegen als rückschrittlich, anachronistisch und ausgrenzend markiert werden.

In der außenpolitischen Debatte um den Beitritt der Türkei lässt sich Vergleichbares beobachten. Dabei kommt die Unterscheidung zwischen nicht-religiösen, laizistischen und demokratischen Kräften einerseits und religiösen, anti-laizistischen und undemokratischen Kräften andererseits vor allem in der Kritik an der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) zum Ausdruck. Das Prinzip des Laizismus wird hier zum Kriterium für die Beitrittsfähigkeit des Landes: Während Beitrittsbefürworter das laizistische Grundprinzip der türkischen Verfassung als positiv bewerten, wird eben dieses von Beitrittsgegnern angezweifelt und angenommen, Laizität sei in der Türkei bloße Formalität und entspreche nicht der Wirklichkeit des Landes. In der Beitrittsdebatte dient Säkularität wie in der innenpolitischen Burka-Debatte der Grenzziehung und der Exklusion: Auf der einen Seite ein vielfältiges,

* Carsten Främke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.

tolerantes, friedliches Europa und auf der anderen Seite eine intolerante, diskriminierende Türkei. Deren Beitrittsfähigkeit wird dementsprechend an der Durchsetzbarkeit der zivilisatorischen Mission Frankreichs gemessen.

Bezüglich des zweiten Topos lässt sich zunächst beobachten, dass jene Frage nach der Anerkennung des Genozids an den Armeniern Anfang des 20. Jahrhunderts in Frankreich wie in anderen europäischen Ländern eine bedeutende Rolle in der Debatte um den EU-Beitritt der Türkei spielt. Dieser Aspekt ist in Frankreich wie im Rest von Europa an universelle Werte wie Demokratie und Menschenrechte geknüpft, die im Zusammenhang mit der französischen (europäischen) Aufklärung gesehen werden. Ein frankreichspezifisches Merkmal der Debatten, welche die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begleiten, stellt die besondere Stellung der armenischen Diaspora im Land dar. Seit mehreren Jahrzehnten konstituiert sich die armenische Minderheit in Frankreich als politisch relevante Kraft, deren Forderungen ein Hindernis in den französisch-türkischen Beziehungen ist. Bereits mit der Präsidentschaft François Mitterrands und seiner Sozialistischen Partei (PS) begann die Verankerung armenischer Belange auf politisch-institutioneller Ebene. Enge Mitarbeiter des Präsidenten und Minister waren Abgeordnete aus Wahlkreisen mit einem bedeutenden armenischen Bevölkerungsanteil wie Villeurbanne, Alfortville oder Marseille.

Die Forderung nach einer Anerkennung des Genozids wurde zur offiziellen französischen Position. Spätestens zu diesem Zeitpunkt profitierten die Armenier von der Nähe der Armenischen Revolutionären Föderation (als Partei im Exil und als größte und einflussreichste Organisation in der armenischen Diaspora) zum PS. So spielten 1987 die sozialistischen Abgeordneten eine entscheidende Rolle bei der Formulierung einer ersten Resolution des Europäischen Parlaments, welche die Anerkennung des Genozids an den Armeniern zum Beitrittskriterium der Türkei erklärt. Die französische Rechte übernahm wenig später diese pro-armenische Haltung – auch in den rechten Parteien fanden armenisch-stämmige Abgeordnete eine politische Heimat. Der breite politische Konsens in dieser Frage setzt sich bis heute fort und konnte sich hervorragend in einen bestehenden gesamtgesellschaftlichen Diskurs einschreiben, der das Ideal einer zivilisatorischen Mission Frankreichs beinhaltet.

Unter Berücksichtigung der historisch begründeten Besonderheit der armenischen Diaspora in Frankreich ist dem französischen Diskurs um den EU-Beitritt der Türkei folglich vor allem eines eigen: Die Beitrittsdebatten und die Darstellungsweisen der Türkei sind an eine universalistische Vorstellung einer „*mission civilisatrice*“ gekoppelt, die auf dem Erbe der französischen Aufklärung basiert. Dies gilt sowohl für den Aspekt der Religion als auch für die Armenienfrage.

Fête de Turcs

Devant 10 000 ressortissants turcs en Allemagne, réunis à Düsseldorf le 27 février 2011, le chef du gouvernement turc, Recep Tayyip Erdogan, a incité ses électeurs à ne pas céder à une « *assimilation* », qu'il considère comme « *un crime contre l'humanité* », comme il l'avait déjà clamé à Cologne en 2008. Il a demandé à ses concitoyens de faire en sorte que leurs enfants en Allemagne apprennent d'abord le turc.

Les partis politiques à Berlin ont fait valoir que leur souci d'intégration n'a pas pour objectif de couper les racines culturelles des étrangers

établis en Allemagne. L'accès à la langue allemande reste « *la clé de l'intégration* », a déclaré le ministre des Affaires étrangères, Guido Westerwelle. Berlin a critiqué également les propos du ministre-président qui avait qualifié la Turquie de « *puissance protectrice pour tous les Turcs, y compris en Allemagne et en Libye* ».



G. F.